



G e s c h ä f t s b e r i c h t und L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluss 2006

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde
2. Der Vorstand, der Aufsichtsausschuss
3. Der Verwaltungsausschuss
4. Personalbestand
5. Mitgliederbewegung
6. Vermögensanlagen
7. Versicherungsmathematik
8. Ausblick

Anlagen

- Bilanz per 31.12.2006
- Anhang zur Bilanz
- Gewinn- und Verlustermittlung zum 31.12.2006

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert am 15. Oktober 2001, und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2005.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

Mit der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19. Juni 2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die sogenannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eröffnet, Versorgungswerke durch Votum von 4/5 der Mitglieder der Delegiertenversammlung der jeweiligen Kammer in eine selbständige Körperschaft zu überführen. Wenngleich sich eine breite Mehrheit der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin im Berichtsjahr für die Körperschaftslösung ausgesprochen hatte, wurde die erforderliche 4/5 Mehrheit nicht erreicht.

Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung – das neue oberste Organ des Versorgungswerkes – fand am 12.05.2007 statt, nachdem im Vorfeld die drei beteiligten Zahnärztekammern Berlin, Brandenburg und Bremen über ihre Delegiertenversammlungen die notwendigen Anschlusssatzungen beschlossen hatten und damit die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit im Versorgungswerk geschaffen hatten.

2a. Der Vorstand

Dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender: Präsident Dr. Wolfgang Schmiedel

 Vizepräsident Dr. Jürgen Gromball

als Beisitzer: Dr. Lore Gewehr

 Dr. Lewon Tunjan

 Dr. Olaf Piepenhagen

 Karsten Geist

 Dr. Peter-Michael Troester

Der Vorstand der Zahnärztekammer Berlin nahm gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Funktion des Aufsichtsorgans bis zum 12. 05. 2007 wahr. Er war satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des Weiteren bestellte der Vorstand gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin im Einvernehmen mit der Delegiertenversammlung und dem Verwaltungsausschuss den mathematischen Sachverständigen und den Finanzsachverständigen.

Die Zusammensetzung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. In der 1. ordentlichen Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin am 1. Februar 2007 erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Wiedergewählt in das Amt des Präsidenten der Zahnärztekammer Berlin wurde Herr Dr. Wolfgang Schmiedel und in das Amt des Beisitzers Frau Dr. Lore Gewehr. Als Vizepräsident wurde Herr Karsten Geist und als weitere Beisitzer wurden Herr Dietmar Kuhn, Herr Ingmar Dobberstein, Herr Dr. Karsten Heegewaldt und Herr Helmut Kesler neu gewählt.

2b. Der Aufsichtsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit ist als Aufsichtsorgan an die Stelle des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin das neu gewählte Gremium, der Aufsichtsausschuss getreten.

Dem Aufsichtsausschuss gehören an:

als Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Dr. Karl-Georg Pochhammer, Berlin
	Rolf Weggen, Bremen

Am 7.06.2007 hat Herr Dr. Karl-Georg Pochhammer sein Amt als Beisitzer im Aufsichtsausschuss mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

3. Der Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss wurde auf der Delegiertenversammlung am 20. März 2003 gewählt. Der Verwaltungsausschuss wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 4. April 2003 den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin bis 31.12.2006
als Beisitzer:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weßlau, Brandenburg

Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. Mit Wirkung zum 31.12.2006 trat Herr Rolf Janowski von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses zurück.

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12. Mai 2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Winnetou Kampmann, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weßlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuss sind gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf bis Februar 2007
	Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk, Ergo People & Pensions GmbH, Düsseldorf seit Juni 2007

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

4. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2006 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.2004	Mitarbeiter per 31.12.2005	Mitarbeiter per 31.12.2006
Sekretariat	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen	1	1	1
EDV/Informatik	1	1	1
Versicherungsmathematik	1	1	1
Mitgliederverwaltung	5,5	6	6
Finanzbuchhaltung	3	3	3
Immobilienverwaltung	8	7	7
Allgemeine Bearbeitung	2	2	2
Gesamt	23	23	23

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung sowie Immobilienverwaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt.

Die Mitarbeiterin für Wertpapierverwaltung, Controlling und Berichtswesen sichert die notwendige Informationszusammenführung für die Geschäftsführung ab. Der Bereich des Controllings wird abteilungsweise weiter aufgebaut, wobei die Aufbauschwerpunkte entsprechend aktueller Fragestellungen gesetzt werden. Für den Bereich des Controllings und Berichtswesens wird eine Erweiterung durch eine Halbtagskraft erfolgen, da die Übernahme der Prüf- und Berichtsangelegenheiten vom externen Consultant durch die eigene Verwaltung entsprechende zusätzliche Ressourcen benötigt.

Die Einführung von Abteilungsleiterpositionen und deren Einarbeitung ist abgeschlossen und bewährt sich. Die abteilungsinterne Umsetzung des Vieraugenprinzips ist ebenso gesichert wie die Vertretung des Direktors bei dessen Abwesenheit, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Nach einer Übergangsphase mit der alleinigen Beauftragung von externen Maklern wurde im Berichtsjahr - möglich auch durch den Einsatz einer neuen Immobilienverwaltungssoftware - die Vermietung durch die bisher allein im Innendienst tätigen Immobilienkaufleute mit übernommen und lediglich bei besonderen Einheiten wie größeren Gewerbeflächen etc. wird ein entsprechend spezialisierter Makler zusätzlich eingeschaltet werden. Der Vermietungserfolg zeigt, dass dies für den Bestand des Versorgungswerkes der richtige Weg ist.

Nach Ende des Geschäftsjahres ist die Abteilung Immobilienverwaltung durch den Weggang der Abteilungsleiterin nach drei Jahren erfolgreicher Tätigkeit neu zu strukturieren. Auch im Bereich der Mitgliederverwaltung führt der an sich erfreuliche Umstand zweier Schwangerschaften zu einer entsprechenden Vertretungsnotwendigkeit.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für Ihren Einsatz. Nach den Jahren der Umorganisation ist ein Arbeiterteam vorhanden, welches aus dieser Phase gestärkt herausgeht. Das Mitwirken an den Umstellungen und auch jede neue Softwareeinführung hat zwar zu Stress aber auch zu einem erheblichen Know how – Zuwachs geführt.

Der Verwaltungskostensatz konnte im Berichtsjahr erfreulicherweise von 1,99 % im Vorjahr auf 1,89 % im Berichtsjahr gesenkt werden. Hierbei ist aber zu beachten, dass im Kalenderjahr 2007 durch die Neustrukturierung mit neuen Organen und den umfangreichen Aufgaben wie der Neufassung der Satzung des Verwaltungskostensatzes vorläufig weiter sinken wird.

5. Mitgliederbewegung

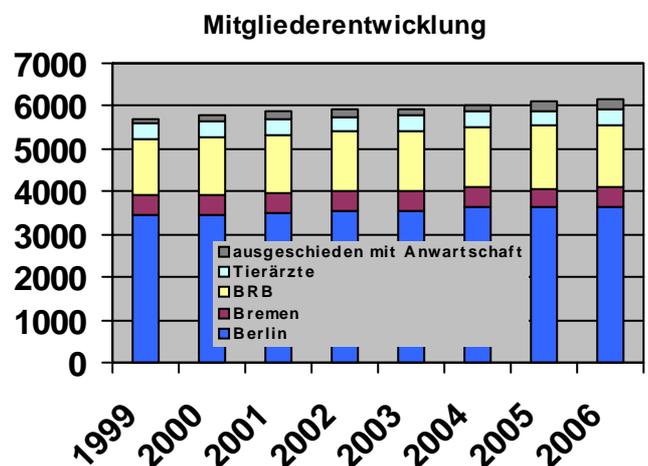
Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2006 wie folgt:

	01.01.2006	Zugang	Abgang	31.12.2006
Zahnärzte Berlin	3625	166	163	3628
Zahnärzte Bremen	456	37	37	456
Zahnärzte Brandenburg	1466	68	49	1485
Tierärzte Berlin	354	0	8	346
Ausgeschieden mit Anwartschaft	197	62	5	254
Aktive Mitglieder gesamt	6098	333	262	6169
Altersrenten	504	57	13	548
BU-Renten	114	13	7	120
Witwen-/Witwerrenten	164	12	4	172
Waisenrenten	62	9	8	63
Rentenempfänger gesamt	844	91	32	903
Gesamt	6942	424	294	7072

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 71, die Zahl der Rentner um 59 gestiegen.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 39,918 Mio. €. Zu berücksichtigen bei der geringen Änderung ist, neben der nur geringfügigen Änderung der Berechnungsgrundlage für die Regelbeiträge, die steigende Zahl der Mitglieder, die einen Beitragsnachlass wegen fehlender Einkünfte beantragen müssen ebenso, wie die gestiegene Zahl der Mitglieder im Insolvenzverfahren.

Die zwischenzeitlich laufend versandten Anwartschaftsmittelungen mit den entsprechenden Beitragsübersichten versetzen die Mitglieder in die Lage, eventuelle Unklarheiten im Beitragsverlauf mit den

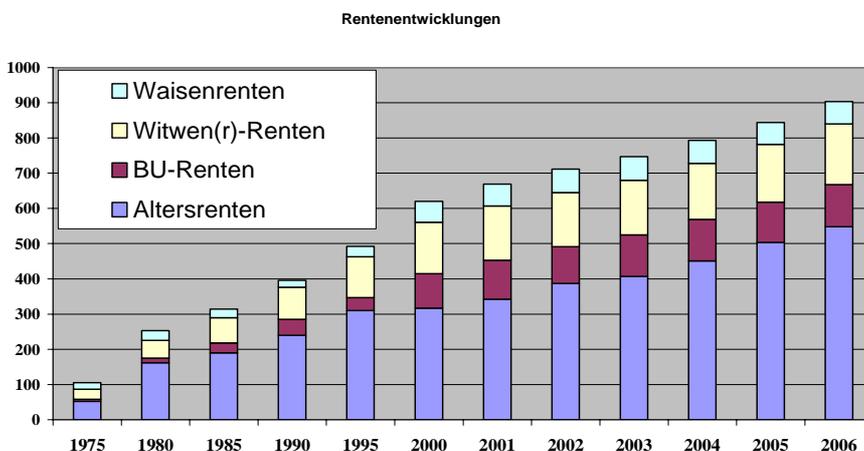


Mitarbeitern zu klären, so dass jederzeit die Möglichkeit besteht, individuelle Berechnungen abzufordern.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit lag neben der normalen Bearbeitung im Berichtsjahr und liegt auch laufend in der Durchführung des Mahnsystems mit Durchführung von Pfändungen bei rückständigen

Beiträgen ebenso, wie die Bearbeitung von Beitragsforderungen in Insolvenzverfahren. Ein Bereich, der im Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin vor wenigen Jahren noch völlig unbedeutend war, aber nunmehr an Bedeutung und damit notwendigem vorzuhaltendem Fachwissen gewinnt.

Im Zusammenhang mit diesen Verfahren ist auch ein verstärktes Beratungsangebot des VZB und auch Beratungsbedarf der betroffenen Personen zu sehen. In vielen Fällen kann Aufklärung und Beratung durch die Verwaltung Lösungsansätze bieten.



6. Vermögensanlagen

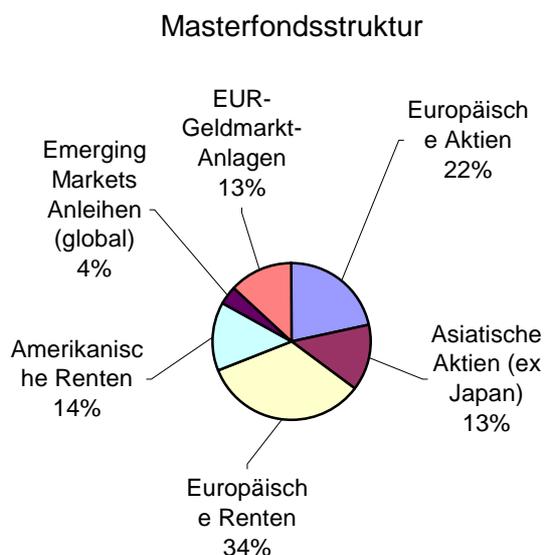
Im Berichtsjahr war mit einer Neuanlage in festverzinsliche Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen die notwendige Verzinsung nicht zu erzielen. Deshalb wurden häufig sogenannte einfach strukturierte Produkte mit Kapitalgarantie erworben.

Mittlerweile hat sich das Zinsniveau wieder erhöht. Dies wird aktuell dazu genutzt, durch die Anlage in Namenspapiere mit fester Verzinsung über die Gesamtlaufzeit eine über dem Rechnungszins liegende Rendite für die nächsten Jahre zu sichern.

Einige der Empfehlungen zur Vermögensanlage, die innerhalb der im vergangenen Jahr durch die Consultingfirma alpha portfolio advisors GmbH erstellte Asset-Liability-Studie ausgesprochen wurden, sind im Berichtsjahr umgesetzt worden.

Für die Anlagekategorien „Global Emerging Market Debt“ sowie „US Aggregate Core Plus“ wurden Managerauswahlverfahren durchgeführt, wobei wieder auf die Expertise der o.g. Consultingfirma zurückgegriffen wurde.

Es konnte durch die Entscheidung zur Aufrechterhaltung der Aktieninvestments innerhalb von Spezialfonds für einen Teil der Vermögensanlagen eine im Vergleich zum allgemein niedrigen Zinsniveau akzeptable Rendite erwirtschaftet werden. Notwendigerweise wird



sowohl aufgrund der geltenden Vorschriften, als auch aufgrund der sich erst langsam aufbauenden Reserven in den Fonds des VZB eine strenge Risikokontrolle mit laufender Ertragsprüfung durchgeführt.

Die in den Vorjahren durchgeführte Überführung sämtlicher Spezialfondsmandate in einen Masterfonds hat sich bewährt. Die Masterfondsstruktur bietet insbesondere große Flexibilität bei der Neuauflage und Beendigung von Spezialfondsmandaten sowie beim Erwerb und der Veräußerung von Publikumsfondsanteilen. Des Weiteren werden innerhalb des Masterfonds Assetklassen mit unterschiedlichem Rendite-/Risikoprofil gehalten, womit sich Kursschwankungen in den einzelnen Marktsegmenten gut kompensieren lassen.

Trotzdem machten zeitweilig die ungünstigen Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten im Berichtsjahr die Umsetzung von Absicherungsmaßnahmen mittels derivativen Instrumenten zum Zwecke des Vermögenserhalts erforderlich.

Die Struktur des Masterfonds wurde neben reinen Markterwartungen auch unter Berücksichtigung einer möglichst geringen Korrelation der investierten Märkte aufgebaut. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Exposure in amerikanischen Aktien komplett abgebaut. Dafür wurden amerikanische Rentenwerte sowie Emerging Markets-Anleihen in das Fonds-Portfolio aufgenommen, wobei Währungsrisiken zumeist abgesichert werden.

Außerdem erweiterte sich das Anlagespektrum des VZB im Berichtsjahr um zwei neue Anlagevehikel. Zwecks weiterer Diversifikation des Gesamtportfolios wurden Beteiligungen erworben, die zum einen indirekte Investitionen in europäische und nordamerikanische Unternehmen im Rahmen von Mezzanine-Transaktionen darstellen. Zum anderen handelt es sich um ein indirektes Investment in einen geschlossenen Immobilienfonds, der das Vermögen in diversifizierte Immobilienanlagen, vor allem bestehend aus Büroimmobilien in innerstädtischen Geschäftslagen in den Vereinigten Staaten, anlegt.

Nachdem im Jahr 2005 die Consultingfirma alpha portfolio advisors GmbH bei der strategischen Ausrichtung der Kapitalanlagen eingebunden wurde, wird die Beratung zur Strategischen Asset Allocation im Jahr 2007 von einer anderen Consultingfirma, der Feri Institutional Advisors GmbH, durchgeführt. Ein Wechsel ist auch zukünftig bei der Inanspruchnahme dieser Dienstleistung geplant, um so sicherzustellen, von einer Vielzahl von Meinungen und Denkweisen unabhängiger Berater profitieren zu können.

Im Tagesgeschäft wird auf die laufende Begleitung durch einen Consultant bewusst verzichtet, da diesbezüglich dem VZB kein weiterer Mehrwert geboten werden konnte. Das VZB verfügt über ein sehr umfassendes internes Controlling- und Berichtswesensystem zu den Vermögensanlagen. Darüber hinaus werden von der Masterdepotbank Analysen zu den Kapitalanlagen inklusive eines Risikobudgetierungsprozesses angefertigt, die als vergleichendes Berichtswesen und zur Risikosteuerung herangezogen werden. Zudem ist dadurch eine laufende Prüfung und Abstimmung der eigenen Daten durch externe Dritte gewährleistet.

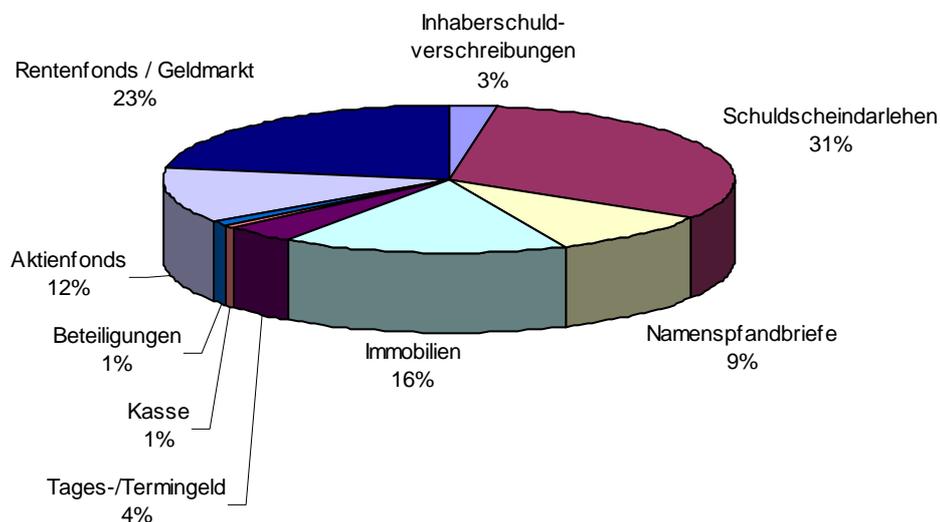
	2004	2005	2006
Vermögensanlagen (TEUR)	689.079	750.950	805.662
Davon:			
Wertpapiere	21.850	23.978	23.058
Namenspapiere	46.370	53.167	77.891
Schuldscheindarlehen	158.094	178.068	252.237
Investmentanteile	259.744	324.838	282.222
Immobilienbestand	152.025	146.697	128.186
Termingelder	49.794	23.000	34.337
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen			6.531
Vermögensertrag	37.222	49.673	39.112
Beiträge gesamt (TEUR)	41.585	38.683	39.919
Davon:			
Pflichtbeiträge	38.381	38.224	39.182
Freiwillige Beiträge	2.210	2.216	335
Überleitungen	736	434	402

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2006 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren mit einer Ausnahme erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach

dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Zwei direkt gehaltene Inhaberschuldverschreibungen werden wie die Namenspapiere mit dem Nennwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsforderung bilanziert, da die Rückzahlung auch zum Nennwert plus Zinsen erfolgt.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 5,07 bzw. einer Effektivverzinsung von 4,25 angelegt. Hierbei ist zu beachten, dass die Ausschüttung der Erträge aus den Fonds so zu steuern ist, dass zum Einen der Rechnungszins erzielt wird, zum Anderen aber für die Schwankungen am Kapitalmarkt eine hinreichende Reserve vorhanden ist.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden im Direktbestand überwiegend Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe erworben. Umschichtungen erfolgten hauptsächlich zu Lasten der Fondsinvestments und zu Gunsten des Rentendirektbestandes, womit sich die nachfolgende Struktur der Vermögensanlagen auf Buchwertbasis zum 31.12.2006 ergibt:



Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Im Jahr 2006 erfolgten keine Neuerwerbungen.

Im Dezember 2006 wurde der Erwerb des Grundstückes Flur 39, Flur 48 „Rheinauhafen art'hotel, Köln“ beurkundet. Hierbei handelt es sich um ein Projekt für die Erstellung eines schlüsselfertigen Hotelbaus mit langfristigem Mieter.

Veräußerungen:

Während des Berichtsjahres wurde zur Portfoliobereinigung ein größeres Immobilienpaket, bestehend aus 9 Berliner Objekten, veräußert.

- 1.) Schloßstraße 68 in 14059 Berlin
- 2.) Mainzer Straße 11 in 10715 Berlin
- 3.) Stallstraße 1 in 10585 Berlin

- 4.) Konrad-Wolf-Straße/ Schöneicher Straße 18 in 13055 Berlin
- 5.) Steegerstraße 72 in 13359 Berlin
- 6.) Birkbuschstraße/ Schützenstraße 23 in 12165 Berlin
- 7.) Alarichstraße 20 - 21/ Ottokarstraße 8/ Konradinstraße 13 in 12105 Berlin
- 8.) Köpenicker Straße 6 in 12524 Berlin
- 9.) Mariendorfer Damm 147 in 12107 Berlin

Bei dem Verkaufspaket handelt es sich überwiegend um einen Bestand von Altbauten.

Mit dem Verkauf wurde ein Buchgewinn erzielt.

Zum 01.01.2006 wurde in der Immobilienverwaltung eine neue Software – WMW der Fa. Alexander Quien, Braunschweig - eingeführt. Dies war notwendig, um eine bessere Vernetzung mit der Software der Finanzbuchhaltung zu erzielen. Mit der Vorgängersoftware – Haussoft – konnte das nicht zufriedenstellend bewerkstelligt werden.

7. Versicherungsmathematik

Aus dem Ergebnis der Kalenderjahre 2002 bis 2004 wurde im letzten Jahresabschluss eine Dynamisierung der Renten und Anwartschaften – unter Berücksichtigung der satzungsgemäßen Aussparung – zum 01.01.2005 von 2 % beschlossen und umgesetzt.

Das nächste versicherungsmathematische Gutachten soll zum 31.12.2007 erstellt werden. Im Rahmen der oben bereits ausgeführten Teilrechtsfähigkeit ist es Ziel, zum 01.01.2008 eine vollständig neue Satzung in Kraft zu setzen. Die Gremien des Versorgungswerkes erarbeiten diese derzeit, da es das Ziel sein muss, auch in einem neuen Satzungssystem die erworbenen Anwartschaften zu erhalten und annähernd betragsgleich umzustellen.

Im Rahmen der Vorbereitungen hat der Versicherungsmathematiker des Versorgungswerkes, Herr Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf, mitgeteilt, dass die Umstellung des Versorgungswerkes in ein neues Satzungssystem verbunden mit der Implementierung der neu erschienen Sterbetafeln zeitlich für ihn nicht zu schaffen ist, da er entsprechend viele Kunden zu betreuen hat. Aus diesem Grunde wurde die Zusammenarbeit im Februar 2007 beendet. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses hat auf Beschluss des Aufsichtsausschusses Herrn Dr. Andreas Jurk, People & Pensions GmbH, Düsseldorf zum neuen Versicherungsmathematiker des Versorgungswerkes bestellt.

Gemeinsam mit dem Versicherungsmathematiker werden die Gremien auch die Auswirkungen der neuen Sterbetafeln zu diskutieren haben, die nach ersten Informationen dem Berufsstand wieder eine Verlängerung der Lebenserwartung insbesondere für die jungen und zukünftigen Mitglieder prognostiziert. Aufgrund der vorsichtigen und vorausschauenden versicherungsmathematischen Weiterentwicklung der Berechnungsgrundlagen wird dieser Aufgabe aber zuversichtlich entgegengesehen.

8. Ausblick

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, den Immobilienbestand weiterhin in einer Größe von max. 20 % des Vermögens zu halten. Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand in einer Bandbreite von 16 % bis 22 % des Gesamtvermögens wird dem Umstand Rechnung getragen, weiterhin an der Entwicklung der Aktienmärkte unter strenger Risikokontrolle partizipieren zu können. Positive Konjunkturaussichten ließen auch weiter moderat steigende Kurse erwarten und damit ein Festhalten an den o. a. Bandbreiten sinnvoll erscheinen.

Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand aktuell keine nachrangigen Wertpapiere sowie Corporates (Industrieanleihen) gehalten.

Die liquiden Mittel werden überwiegend im Bereich der festverzinslichen Namenspapiere angelegt, wobei fast ausschließlich Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe erworben werden, die entweder durch eine umfassende Institutssicherung bzw. ein Einlagensicherungssystem

tem oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte bzw. bei Öffentlichen Pfandbriefen durch Forderungen gegen die Öffentliche Hand gesichert sind. Im Bereich der Spezial- und Publikumsfonds werden aktuell keine Ausweitungen vorgenommen, da insbesondere Rentenfonds bei einem steigenden Zinsumfeld kaum Erträge erwirtschaften können. Aufgrund des geringen Risikopuffers in den Aktienfonds ist eine sehr enge Kontrolle notwendig.

Die bei Erstellung dieses Lageberichtes bereits eingetretene Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus in Euroland und damit einhergehenden Schrumpfung der Kursreserven bei den in europäischen Rentenwerten investierenden Fonds, wird zu einer kurzfristigen Strategieprüfung führen. Weiterhin werden die Auswirkungen des noch nicht beendeten Zinserhöhungszyklusses auf die Aktienmärkte stringent zu beobachten sein. Neben den bereits zum Einsatz kommenden Instrumenten zur Risikoreduktion bei Aktienfonds – die systematische Steuerung der Aktienquote mittels des Best of Two-Konzeptes der alpha portfolio advisors GmbH wird seit 2004 in einem Mandat erfolgreich umgesetzt - werden gegebenenfalls weitere bzw. weitergehende Maßnahmen zur Risikoreduktion einzuleiten sein. Festzuhalten bleibt aber auch, dass durch die Zinserhöhung bewertungsfreie festverzinsliche Anlagen im Rentendirektbestand den Rechnungszins von 4 % und mehr wieder erreichen, was für einen Ausbau dieser Anlageklasse in nächster Zeit spricht.

Berlin, 23.06.2007



Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Dr. Ingo Rellermeier
Stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

Anlagen

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

AKTIVA**PASSIVA**

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	117.089.331,73	59.093
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	33.201,00	60			
B. KAPITALANLAGEN			B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer		
einschließlich Anlagen im Bau			Berechnung zum 31. Dezember 2004	666.976.421,00	666.976
1. Grundstücke	29.634.402,89	34.307	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	24.524.790,13	24.525
2. Gebäude	96.527.916,00	110.488		691.501.211,13	691.501
3. Außenanlagen	1.928.534,00	1.903	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
4. Anlagen im Bau	95.216,55	0	I. Rückstellungen für Pensionen und		
	128.186.069,44	146.698	ähnliche Verpflichtungen	175.516,98	175
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen			II. Sonstige Rückstellungen	510.340,31	167
Beteiligungen	6.531.347,00	0		685.857,29	342
III. Sonstige Kapitalanlagen			D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht			I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen		
festverzinsliche Wertpapiere	282.221.674,67	324.839	Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	550.991,85	1.611
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere			II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.111.264,42	10.132
festverzinsliche Wertpapiere	23.058.000,00	23.978	III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.171.757,89	2.183
3. Sonstige Ausleihungen			davon aus Steuern: EUR 198.960,13 (Vj. TEUR 90)		12.834.014,16
a) Namensschuldverschreibungen	77.890.627,01	53.167	davon im Rahmen sozialer Sicherheit:		13.926
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	252.236.737,13	178.069	EUR 0,00 (Vj. TEUR 28)		
4. Einlagen bei Kreditinstituten	34.337.146,87	23.000			
5. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	1.200			
	670.944.185,68	604.253			
	805.661.602,12	750.951			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen					
Versicherungsgeschäft an Mitglieder	1.626.605,23	1.921			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	295.699,00	337			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten					
und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	4.099.064,40	3.460			
2. Kassenbestand	2.522,52	3			
	4.101.586,92	3.463			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Mietforderungen	2.027.360,08	1.551			
2. Sonstige	1.620.545,36	1.062			
	3.647.905,44	2.613			
	8.045.191,36	6.413			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	6.559.702,60	5.319			
2. Sonstige	184.112,00	198			
	6.743.814,60	5.517			
	822.110.414,31	764.862		822.110.414,31	764.862

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2006
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

- I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung**
- 1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die Beteiligungen, Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet. Im Berichtsjahr wurden für die Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte vorgenommen.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Die Bewertung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt mit den Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes.

Schuldscheinforderungen und Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere) wurden mit dem Nennwert zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden sowohl nach der Vereinfachungsregel, d.h. Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag, als auch zeitanteilig (pro rata temporis) abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2004 von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht ausgewiesen. Der Überschuss zum 31. Dezember 2006 wurde in die Überschussrückstellung eingestellt, da im Berichtsjahr von § 24 der Satzung Gebrauch gemacht und kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt wurde.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer versicherungsmathematischen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 5. Januar 2007) und der RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten

Die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund III GmbH & Co. KG in USD wurde zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Das Dollar-Fremdwährungskonto ist zum Bilanzstichtag zum aktuellen Briefkurs in EUR bewertet.

3. Angabe der Abweichungen von den Bewertungsmethoden

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde im Berichtsjahr auf Grundlage eines internen versicherungsmathematischen Gutachtens erstellt. Abweichend zur vorläufigen Berechnung in den Vorjahren wurde der Rechnungszins von 6 % auf 4 % p.a. gesenkt.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Im Vorjahr wurde der Teil des Immobilienbestandes, der vor 2003 erworben wurde, durch Wertgutachten neu bewertet. Die hierbei ermittelten Verkehrswerte führten zu außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von TEUR 8.526. Gleichzeitig konnten in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 826 zugeschrieben werden. Im Berichtsjahr wurde keine Bewertung des Immobilienbestandes vorgenommen.

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.664, der Buchwert des Gebäudes einschließlich Tiefgarage TEUR 1.893.

b) Beteiligungen

Es handelt sich um die Beteiligung an einer Immobiliengesellschaft. Die Zeichnung der Anteile (insgesamt 25 Mio. USD) erfolgte in Dollar. Zum Bilanzstichtag war ein Betrag von 8,1 Mio. USD abgerufen. Des Weiteren waren Bestandshaltekosten in Höhe von T\$ 283 zu entrichten.

c) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaberschuldverschreibungen sowie das Währungstermingeld (USD - Konto) sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Aktienanteile wegen gesunkener Kurswerte in Höhe von TEUR 152 vorgenommen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Vollstreckungsverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.500) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 150 (Vj. TEUR 513). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 750 (Vj. TEUR 750) vorgenommen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten weist eine Zins-Sicherungsgebühr in Höhe von TEUR 161 (Vj. TEUR 186) aus. Die Auflösung erfolgt anteilig über die Zinsfestschreibungszeit für das Darlehen.

4. Überschussrückstellungen

Zum 31. Dezember 2006 wurde kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Der Jahresüberschuss wird in voller Höhe der Überschussrückstellung zugeführt.

Zum 31. Dezember 2004 wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt und die Überschussrückstellung wurde in voller Höhe entnommen und der Deckungsrückstellung sowie der Rückstellung für Leistungsverbesserung zugewiesen.

Das versicherungsmathematische Gutachten wird aufgrund der Satzung in einem Rhythmus von drei Jahren erstellt. Das nächste versicherungsmathematische Gutachten ist zum 31. Dezember 2007 zu erstellen.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht zum 31. Dezember 2004 unter Berücksichtigung der Satzungsänderung vom 20. Juni 2002, die am 18. Dezember 2003 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde, bilanziert. Die in der Satzungsänderung enthaltene pauschale Kürzungsregelung wurde im versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2004 erstmals angewendet.

Folgende Rechnungsgrundlagen fanden für die Berechnung der versicherungsmathematischen Rückstellung Anwendung:

- Rechnungszins von 4 % p.a.,
- berufsständische Richttafeln (bRT 97) der Heubeck-Richttafeln GmbH,
- Pauschale für Verwaltungskosten in Höhe von 2,5 % der Beiträge und 2 % der Renten (rechnungsmäßiger Ansatz lt. technischem Geschäftsplan 1,5 % der Beiträge und 2 % der Renten).

Als Finanzierungsverfahren kommt das Anwartschaftsdeckungsverfahren zur Anwendung.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, Jahresabschluss, unterlassene Instandhaltung sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2006

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	550.991,85	550.991,85	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	1.611.473,01	1.611.473,01	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.111.264,42	22.140,51	92.492,24	9.996.631,67	911.264,42
Vorjahr	10.132.464,14	21.199,73	94.633,74	10.016.630,67	932.464,14
III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.171.757,89	2.171.757,89	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	2.182.521,38	2.182.521,38	0,00	0,00	0,00
	12.834.014,16	2.744.890,25	92.492,24	9.996.631,67	911.264,42
Vorjahr	13.926.458,53	3.815.194,12	94.633,74	10.016.630,67	932.464,14

Ein Darlehen ist durch eine Grundsschuld besichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2006 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 402 (Vj. TEUR 435) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 47,94 : 52,06 (Vj. 46,23 : 53,77) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Bewertung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen und betragen insgesamt 50 Mio. EUR (Vj. 50 Mio. EUR).

Für die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund III GmbH & Co. KG wurden im Berichtsjahr 8,1 Mio USD abgerufen. Insgesamt ist das Versorgungswerk eine Verpflichtung von 25 Mio. USD eingegangen.

Für die im Berichtsjahr erworbenen Aktien der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt 8,5 Mio. EUR.

Für eine in Vorjahren erworbene Immobilie besteht eine Verpflichtung in Höhe von maximal TEUR 140, da der Veräußerer des Objektes bis zum Jahr 2009 zu 50 % an der Umsatzmiete beteiligt ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Bewertung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 24 (Vj. 24) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

3. Angabe zu den Unternehmensorganen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 271 (Vj. TEUR 237) erhalten.

Berlin, den 23. Juni 2007

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Albert Essink
(Vorsitzender des Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Ingo Rellermeier
(stellv. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2006 BIS 31. DEZEMBER 2006
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge	39.918.805,26	38.683
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	8.684.396,18	9.441
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	26.960.622,32	38.213
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00	826
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>3.467.084,03</u>	1.194
	39.112.102,53	49.674
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>507.804,10</u>	480
	79.538.711,89	88.837
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	12.861.457,53	11.903
5. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	<u>1.595.793,50</u>	1.151
	<u>14.457.251,03</u>	13.054
	65.081.460,86	75.783
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	618.012,41	570
b) Sonstige Aufwendungen	<u>411.797,35</u>	457
	1.029.809,76	1.027
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	3.685.667,12	4.463
b) Abschreibungen	<u>2.603.298,39</u>	11.315
	<u>6.288.965,51</u>	15.778
8. Versicherungstechnisches Ergebnis	57.762.685,59	58.978
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	234.728,46	116
2. Sonstige Aufwendungen	<u>536,00</u>	1
	<u>234.192,46</u>	115
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	57.996.878,05	59.093
4. Sonstige Steuern	<u>116,00</u>	0
5. Jahresüberschuss	<u>57.996.762,05</u>	59.093
6. Zuführung zur Überschussrückstellung	<u>-57.996.762,05</u>	-59.093
7. Bilanzgewinn/-verlust	<u>0,00</u>	<u>0</u>